



PRESSEMITTEILUNG

Harzkl.linikum Dorothea Christiane Erleben GmbH • Dittfurter Weg 24 • 06484 Quedlinburg

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat heute nach Berlin zum Aktionstag eingeladen. Die Organisatoren erwarten 10 000 Teilnehmer am Brandenburger Tor.

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht	Unser Zeichen	Durchwahl	Datum
		UK/tk	- 17 02	23.09.2015

Wernigerode/Quedlinburg.

Das Harzkl.linikum ist mit 30 Mitarbeitern in Berlin, aus Sachsen-Anhalt werden 230 weitere Protestierende am Brandenburger Tor erwartet. Darunter Häuser in freigemeinnütziger Trägerschaft wie die Diakonie in Dessau, private Ketten wie AMEOS in Schönebeck, die Uni-Klinika in Halle und Magdeburg und kommunale Krankenhäuser wie das Harzkl.linikum Dorothea Christiane Erleben.

Zur Unterstützung der Berliner Demonstration haben Beschäftigte des Harzkl.linikums in Quedlinburg und Wernigerode um 12 Uhr jeweils 300 Luftballons aufsteigen lassen. Daran ist eine an den Bundestag adressierte Postkarte befestigt, auf der die Kritik am Krankenhausreform-Gesetz formuliert ist.

HINTERGRUND /ERKLÄRUNG

Im Juni hat das Bundeskabinett einen Entwurf des Krankenhaus-Reformgesetzes vorgelegt, das voraussichtlich jetzt im Herbst vom Bundestag verabschiedet werden soll, um zum 1. Januar 2016 in Kraft zu treten.

Die Hauptkritik am Gesetz lautet, die Unterfinanzierung der Krankenhäuser wird damit nicht beseitigt. Diese Kritik wird gemeinschaftlich getragen zum Beispiel von den Gewerkschaften wie Verdi, den Arbeitgeberverbänden, den Krankenhausgesellschaften, den privaten und gesetzlichen Krankenkassenverbänden, der Bundesärztekammer, dem Marburger Bund, vom Deutschen Pflegerat.

Zu den Kostensteigerungen tragen neben der allgemeinen Teuerung höhere Tarifabschlüsse für das Krankenhauspersonal, steigende Kosten für Medikamente und Medizintechnik sowie höhere Betriebsausgaben bei.

2003 gab es mit Einführung der DRGs (Fallpauschalen) die letzte Krankenhausreform. Seither haben sich die Krankenhaus-Ausgaben allein der Gesetzlichen Krankenkassen von 47,5 auf 67,4 Milliarden Euro erhöht.

Allerdings kommen die Länder nur unzureichend ihrer Verpflichtung aus der "dualen Krankenhausfinanzierung" nach, haben sich aus ihrer Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung nahezu zurückgezogen. Beispielsweise ist die Investitionsförderquote von 10 % im Jahr 1993 auf 3,5% im Jahr 2013 drastisch gesunken.

Mit der Folge, dass die Krankenhäuser zunehmend Gelder der Krankenkassen - gedacht zur Versorgung der Patienten - zur Finanzierung der Betriebskosten aufwenden müssen.

Gleichzeitig haben die Krankenhäuser ihre Leistungen erheblich gesteigert. Die sogenannten Fallzahlen wurden von 14,5 Millionen (1991) auf 18,7 Millionen (2013) erhöht. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der Ärzte von 109 000 auf 165 000 erhöht, hingegen ist die Personalzahl im Pflegebereich von 389 000 auf 419 000 nur gering angestiegen.

Harzkl.linikum

Leiter
Unternehmenskommunikation

Dittfurter Weg 24
06484 Quedlinburg

Tom Koch
Telefon (0 39 46) 90 9 - 17 02
Mobil (0171) 62 61 776
tom.koch@harzkl.linikum.com

Gesundheit braucht Kompetenz

Die Kritik / zentralen Forderungen der deutschen Krankenhäuser sind:

Patientenversorgung

Seit Jahren wächst die bürokratische Belastung in den Krankenhäusern, dadurch bleibt weniger Zeit für die Patientenbetreuung. Die Reform soll den Kliniken sogar eine neue Kontrolle- und Bürokratieflut bringen.

Sicherung des Personals

Die gesetzlich festgelegten Budgets für die Krankenhäuser müssen den realen Personalkosten inklusive der regelmäßigen tariflichen Anstiege entsprechen.

Medizinische Leistungsfähigkeit

Die demographische Entwicklung mit einer immer älteren Bevölkerung und der medizinische Fortschritt führen zu steigenden Anforderungen in den Kliniken. Das erfordert zusätzliche Gelder, die Reform sieht jedoch Kürzungen vor.

Sicherung der Investitionen

Bund und Länder stellen nur 2,7 Milliarden Euro statt anerkannter Investitionen von jährlich 6 Milliarden zur Verfügung.

Notfallambulanzen

Die Klinik-Ambulanzen sind überfüllt. Die Vergütungen decken derzeit nicht ansatzweise die Kosten.